



Abstimmung vom 13.6.2021

Die Stimmbevölkerung lehnt strengere Massnahmen zum Klimaschutz ab

Abgelehnt: Änderung des Bundesgesetzes über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)

Bernadette Flückiger

Empfohlene Zitierweise: Flückiger, Bernadette (2021): Die Stimmbevölkerung lehnt strengere Massnahmen zum Klimaschutz ab. Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Seit Beginn der Industrialisierung ist die Konzentration der Treibhausgase in der Erdatmosphäre stark angestiegen. So liegt beispielsweise die CO₂-Konzentration Mitte der 2010er Jahre um 40 Prozent höher als noch um 1750 (BMUV 2014). Wenn die Treibhausgaskonzentrationen weiterhin so stark ansteigen, droht gemäss Klimawissenschaftler:innen ein durchschnittlicher globaler Temperaturanstieg von bis zu 4 Grad; schon ein Anstieg von über 2 Grad könne jedoch zu irreversiblen Folgen führen, insbesondere für Entwicklungsländer und Inselstaaten. 2015 verpflichteten sich deshalb im Pariser Klimaabkommen über 190 Staaten, ihre Treibhausgasemissionen stark zu senken, darunter auch die Schweiz. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, legt der Bundesrat Ende 2017 eine Revision des CO₂-Gesetzes vor, die bis 2030 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 bringen soll. Der Bundesrat möchte dies mit verschärften und zum Teil auch neuen Massnahmen in den Sektoren Gebäude, Industrie und Verkehr erreichen.

Der Nationalrat beschliesst zunächst, nicht auf das Gesetz einzutreten, weil einer «unheiligen» Allianz aus SVP, den Grünen und den Grünliberalen die vorgeschlagene Revision zu weit respektive nicht weit genug geht. Die Mehrheit des Ständerats sieht das anders und baut in die Bundesratsvorlage unter anderem eine Lenkungsabgabe auf Flugtickets sowie die Schaffung eines Klimafonds ein. Nachdem die eidgenössischen Wahlen 2019 grosse Zugewinne für die grünen Parteien bringen und die sogenannte Klimajugend mit vielbeachteten Aktionen und Demonstrationen Druck für mehr Klimaschutz und ein griffiges CO₂-Gesetz macht, entschliesst sich dann auch der Nationalrat, auf die Vorlage einzutreten. Die Debatten in den beiden Räten gestalten sich intensiv und dauern insgesamt fast zwei Jahre; die letzten Details können schliesslich erst mit Hilfe der Einigungskonferenz ausgeräumt werden.

In den Schlussabstimmungen spricht sich der Nationalrat mit 129 zu 59 Stimmen und 8 Enthaltungen für das revidierte Gesetz aus, der Ständerat stimmt ihm mit 33 gegen 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu. Die Ablehnungen und Enthaltungen gehen vor allem auf das Konto von SVP-Mitgliedern; es stimmen jedoch auch einzelne Politiker:innen der anderen bürgerlichen Fraktionen gegen das Gesetz.

Zwei Komitees, mit denen die «unheilige Allianz» vom Beginn der parlamentarischen Beratungen wieder auflebt, ergreifen das Referendum gegen das CO₂-Gesetz: Es sind dies auf der einen Seite einige Westschweizer Sektionen des Klimastreiks, für die das Gesetz «klimazerstörerische kapitalistische Strukturen» verfestigt statt sie zu überwinden. Auf der anderen Seite sind es Wirtschaftsverbände aus der Auto-, der Gebäude- und der Mineralölbranche, unterstützt von der SVP, denen die Revision umgekehrt zu weit geht. Das Referendum kommt mit über 72'000 gültigen Unterschriften zustande, wobei über 90 Prozent der Unterschriften durch das Wirtschaftskomitee eingereicht werden.

GEGENSTAND

Die Vorlage schreibt ein Emissionsreduktionsziel von minus 50 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 fest; mindestens drei Viertel der Emissionsminderungen sollen durch Massnahmen im Inland erreicht werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll unter anderem für Altbauten ab 2023 ein Grenzwert von maximal 20 Kilogramm CO₂ pro Quadratmeter Energiebezugsfläche und Jahr gelten, wenn die Heizung ersetzt werden muss. Weiter soll eine Flugticketabgabe eingeführt werden, die je nach Streckenlänge zwischen 30 und 120 Franken betragen soll. Auch das Autofahren soll verteuert werden: Die Treibstoffimporteure müssen einen grösseren Teil der CO₂-Emissionen kompensieren, was sich wiederum auf den Benzinpreis niederschlagen wird. Mehr als die Hälfte der Gelder aus der CO₂-Abgabe und der Flugticketabgabe soll via Krankenkassenprämie an die Bevölkerung zurückverteilt werden.

Schliesslich soll ein Klimafonds geschaffen werden; diese Gelder sollen unter anderem zur Weiterführung des Gebäudeprogramms und für Fernwärmeanschlüsse verwendet werden sowie für Massnahmen, die die Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Alimentiert wird dieser Klimafonds vor allem aus den Abgaben auf Brennstoffen und Flugtickets.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Neben der SVP fassen von den Parteien einzig die EDU, die Lega und die PdA die Nein-Parole. Allerdings sprechen sich auch einige gewichtige Wirtschaftsverbände für ein Nein aus, so etwa GastroSuisse, Verbände des Autogewerbes, der Hauseigentümergebieterverband, Swissoil oder das Westschweizer Centre Patronal. Hinzu kommen von links die Westschweizer Sektionen des Klimastreiks, da ihnen die Gesetzesrevision zu wenig weit geht.

Alle anderen Parteien sowie zahlreiche Naturschutzorganisationen, aber auch die Konferenz der Kantonsregierungen und bürgerliche Verbände wie Economiesuisse, der Bauernverband, der TCS oder der Baumeisterverband unterstützen die Vorlage. Bei den Freisinnigen weichen allerdings fünf Kantonalsektionen und die Jungfreisinnigen von der Ja-Parole der Mutterpartei ab, indem sie entweder ein Nein empfehlen oder die Stimme freigeben. Auch der Gewerbeverband geht mit einer Stimmfreigabe auf Distanz zur Vorlage.

Das Wirtschaftskomitee «Nein zum CO₂-Gesetz» vertritt die Ansicht, das Gesetz sei teuer, ungerecht und nutzlos. Es belaste durch den erhöhten Benzinpreis, die Flugticketabgabe und die Verteuerung des Heizens sehr viele soziale Gruppen, so etwa Familien und Hauseigentümer:innen, aber auch die Landbevölkerung, die nicht gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen und deshalb auf das Auto angewiesen ist. Zudem trage die Schweiz nur einen sehr kleinen Teil zum globalen Treibhausgasausstoss bei; allfällige Massnahmen der Schweiz hätten daher keinen nennenswerten Einfluss auf das weltweite Klima. Das linke Referendumskomitee kritisiert, dass die Massnahmen vor allem zu Lasten der «bescheidensten

Haushalte» gingen, die grossen Konzerne und die Finanzwelt jedoch kaum tangierten. Darüber hinaus gehe das Gesetz viel zu wenig weit; die Schweiz werde damit weiterhin die Umwelt zu stark belasten, was vor allem auf Kosten ärmerer Länder gehe.

Die Befürworter:innen argumentieren, dass auch die Schweiz zur weltweiten Bekämpfung des Klimawandels beitragen solle. Das Gesetz unterstütze klimafreundliche Investitionen, was wiederum zu mehr Aufträgen für das lokale Gewerbe (etwa Heizungs- oder Elektrofirmen) führen werde. Auch sei das Gesetz sozial ausgestaltet, indem ein Grossteil der Gelder aus der Flugverkehr- und der Brennstoffabgabe an die Bürger:innen zurückflüsse und der Rest in den neuen Klimafonds gehe. Vielen Befürworter:innen geht die Revision wie den linken Gegner:innen zu wenig weit, sie sehen jedoch in der Vorlage einen dringend notwendigen ersten Schritt und kritisieren deshalb das linke Referendumskomitee, welches in ihren Augen kontraproduktiv handelt.

Im Vorfeld der Abstimmung wird für das CO₂-Gesetz eine aussergewöhnlich starke Inserate-Kampagne in den Schweizer Printmedien verzeichnet, wobei deutlich mehr Pro-Inserate als Contra-Inserate geschaltet werden (Heidelberger/Bühlmann 2021). Die Medien berichten zudem sehr oft über diese Abstimmungsvorlage – seit 2018 stiessen nur vier von 26 Vorlagen auf ein noch grösseres Medienecho – und dies in einer überwiegend positiven Tonalität (fög 2021). Die Vorumfragen deuten auf eine knappe Annahme des Gesetzes hin, wobei die anfangs hohe Zustimmungsrates im Lauf des Abstimmungskampfs erheblich sinkt.

ERGEBNIS

Am Abstimmungssonntag wird das Gesetz mit 51,6 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Einzig die Deutschschweizer Kantone Basel-Stadt und Zürich sowie die Westschweizer Kantone Genf, Neuenburg und Waadt stimmen zu. Sowohl in der Romandie als auch in der Deutschschweiz zeigt sich ein ausgeprägter Stadt-Land-Graben mit einem klaren Nein in den ländlichen Gebieten und deutlichen Ja-Mehrheiten in den Städten. In sechs ländlichen Kantonen der Deutschschweiz und im Wallis beträgt der Nein-Anteil jeweils über 60 Prozent. Die Stimmbeteiligung liegt bei hohen 59,7 Prozent, wozu auch die vier weiteren Vorlagen jenes Abstimmungssonntags beitragen.

Aus der VOX-Nachbefragung (gfs.bern 2021) lässt sich schliessen, dass die Nein-Stimmenden vor allem für die SVP, die FDP und die Mitte sympathisierten und das Gesetz primär aus finanziellen Gründen ablehnten, weil sie befürchteten, dass der Mittelstand geschwächt würde, insbesondere durch die Erhöhung des Benzinpreises. Des Weiteren gehen die VOX-Autor:innen davon aus, dass auch die terminliche Zusammenlegung der Abstimmung mit zwei Initiativen für mehr Umweltschutz im Agrarbereich (Trinkwasser-Initiative und Pestizid-Initiative, siehe Vorlagen 641 und 642) ausschlaggebend war: So hätten die beiden Initiativen das ländliche Milieu stark mobilisiert, was auch das CO₂-Gesetz zum Scheitern

gebracht habe, weil viele Personen aus diesem Milieu pauschal gleich alle drei Umweltvorlagen abgelehnt hätten. Kontrovers diskutiert wird nach der Abstimmung die Frage, welche Rolle das Alter der Stimmenden gespielt hat. Während gemäss der VOX-Nachbefragung jüngere Personen häufiger ein Ja in die Urne legten als ältere Personen, kommt eine Nachbefragung im Auftrag von Tamedia (LeeWas 2021) zum gegenteiligen Ergebnis. Es bleibt somit unklar, ob und wie stark die Klimajugend mobilisieren konnte und wie stark ihr Rückhalt in der jüngeren Generation insgesamt ist.

QUELLEN

BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz) (2014). *Klimaschutz: Wissenschaftliche Grundlagen*. Online: www.bmu.de > Themen > Klimaschutz, Anpassung > Klimaschutz > Wissenschaftliche Grundlagen, abgerufen am 14.12.2021.

Flückiger, Bernadette, und Diane Porcellana (2021). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: «Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020», 2016–2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 14.12.2021.

fög (2021). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 13. Juni 2021*. Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2021). *APS-Zeitungs- und Inse-
rateanalyse zu den Abstimmungen vom 13. Juni 2021. Zwischenstand vom
3.6.2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft
der Universität Bern.

gfs.bern (2021). *VOX-Analyse Juni 2021. Nachbefragung und Analyse zur
eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Juni 2021*. Bern: gfs.bern.

LeeWas (2021). *20-Minuten-/Tamedia-Nachbefragung: Auswertungsbe-
richt zu den eidgenössischen Volksabstimmungen vom 13. Juni 2021*. On-
line: www.leewas.ch/wp-content/uploads/2021/06/Bericht_NAB.pdf,
abgerufen am 14.12.2021.

Referendumskomitee (2021). *Referendum für einen sozialen und konse-
quenten Klimaschutz*. Online: [www.referendum-pour-une-ecologie-
sociale.ch](http://www.referendum-pour-une-ecologie-
sociale.ch), abgerufen am 14.12.2021.

Pressebeiträge: Aargauer Zeitung vom 11.1.2021. Der Bund vom 30.7.2021.
Neue Zürcher Zeitung vom 16.6.2021. srf.ch vom 2.10.2020.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 13.6.2021 (Abstimmungs-
büchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 17.071).

Bundesblatt: BBl 2018 247.